Nr. 4 — Jahrgang 20 | Einzelnummer 0,10 Zł. | Dienstag, den 9. Januar 1934

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Abonnement: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Vor dem Rücktritt Chautemps?

Die Auswirkung der Millionenaffaire Stawiski — Der Kolonialminister Dalmir mit verwickelt Umbildung der Regierung?

Die Millionenbetrugsaffaire in der Bank von Bayonne, wo es dem Hochstapler Stawiski gelang, die Bank um mehr als 650 Millionen Franken zu schädigen, greift auch in politische Kreise hinein. In dieser Sache ist auch der Kolonialminister Dalmir verwickelt, der bei der Zuteilung von Krediten an Stawiski beteiligt sein soll. Chautemps hatte dem Kolonialminister nahegelegt zurückzutreten, was dieser indessen ablehnt, da er Stawiskis überhaupt nicht kenne.

Nunmehr ist über diese Affaire im Kabinett selbst eine Krise ausgebrochen, die Entscheidung fällt am Dienstag oder am 12. Januar. Nicht weniger als 18 Interpelationen sind in dieser Frage an die Kammer gerichtet, die nun am 12. Januar zur Behandlung kommen sollen. Das Kabinett kann diesem Sturz nur dadurch entgehen, wenn es selbst vorher die Demission überreicht und eine Umbildung erfährt. Der Ministerrat soll noch am Montag nachmittags zusammentreten und zu dieser Frage Stellung nehmen. Wie es in politischen Kreisen heisst, wird die Millionenaffaire Stawiski die französische Oeffentlichkeit noch sehr lange beschäftigen und nicht nur Finanzkreise einbeziehen, sondern auch namhafte Politiker und Zeitungen. Jedenfalls greift die Betrugsaffaire weit über Frankreich hinaus.

130 Bergarbeiter im Massengrab

Der Nelson-Schacht wird zugemauert — Keine Aussicht auf Bergung der Leichen — Neue Explosionen — Die Rettungsarbeiten eingestellt — Die Forderungen der Bergarbeiter

Zu der furchtbaren Grubenkatastrophe in Ossek bei Dux wird gemeldet, dass die bisherigen Rettungsarbeiten ergebnislos verliefen. Es sind zwar gegen 10 Leichen geborgen und einige Verletzte in Spital überführt worden, aber die Bergung der etwa noch 130 Bergarbeiter untertage muss aufgegeben werden. Inzwischen haben sich in den Schachtanlagen der Grube weitere Explosionen ereignet, sodass die Rettungsarbeiten eingestellt und der Nelsonschacht vermauert werden muss. Insgesamt konnten nur 4 Arbeiter gerettet werden, die Bergungsarbeiten haben infolge der ständigen Explosionsgefahr keinerlei Fortschritte gemacht, das Feuer nimmt immer grösseren Unfang an, sodass die Bergbaubehörden die Vermauerung des Schachtes angeordnet haben, um weiteren Explosionen vorzubeugen.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist dieses Unglück doch mit auf die Rationalisierung dieser Betriebe zurückzuführen, die Gewerkschaften haben auf das dortige Antreibesystem, welches naturgemäss Unglücksfälle im grösseren Umfang herbeiführt, wiederholt hingewiesen, ohne dass die Behörden eingeschritten sind. Das Unglück ruft naturgemäss innerhalb der Arbeiterschaft die grösste Erregung hervor, es werden Massenproteste veranstaltet, ein Beamter der Ueberwachungsbehörden ist mit sofortiger Wirkung pensioniert worden, nachdem er nicht selbst auf die Katastrophenstelle kam, sondern nur einen Vertreter entsandte. Die Bergarbeiter fordern in ihren Protestresolutionen die Sozialisierung der Bergwerke, da nur dadurch solche Katastrophen vermieden werden können.

Die Regierung und auch die Gewerkschaften, wie die Grossindustrie, haben eine grossangelegte Fürsorgeaktion eingeleitet, um den Hinterbliebenen der Opfer an die Hand zu gehen. Bei der tschechischen Regierung laufen immer noch Beileidskundgebungen ein, ein so entschiedenes Echo hat die Katastrophe bei allen Nachbarn hervorgerufen.

Die rumänische Krise überwunden?

Tatarescu führt das neue Kabinett — Titulescu's Posten noch umstritten — Burgfrieden mit der Opposition

Bald nach der Beerdigung Ducas ist innerhalb des Kabinetts eine Krise ausgebrochen, die besonders dadurch eine verschärfte Form annahm, dass sich der bisherige Aussenminister Titulescu weigerte, im Kabinett Anghelescu seinen Posten weiter als Aussenminister zu führen. Das Kabinett demissionierte und der König beauftragte den Handelsminister Tatarescu mit der Regierungsbildung, die auch noch am Freitag vollzogen wurde und die Bestätigung durch den König fand. Titulescu, der gleichfalls vom König in Sinaia empfangen wurde, gehört dem neuen Kabinett vorläufig noch nicht an, sein Posten wird mit vom Premierminister verwaltet, es scheint, dass er sich Bedenkzeit ausgebeten habe.

Die neue Regierung weist nur wenige Veränderungen auf, der Ministerpräsident gab der Presse Erklärungen ab, in welchen er versichert, dass er die Politik Ducas fortsetzen werde. Der Belagerungszustand ist aufgehoben, die Anhänger der „Eisernen Garde“ hingegen unter verschärfte Bewachung gesetzt. Tatarescu will mit der Opposition einen Burgfrieden eingehen und hat ihr zugesagt, dass Wahlfälschungen von Fall zu Fall nachgeprüft werden und eventuell Nachwahlen angeordnet werden. Das Parlament ist auf den 1. Februar vertagt, welches bereits für den 10. Januar anberaumt war, der Ministerpräsident wird an diesem Tage seine Regierungserklärung abgeben. Titulescu soll als zweiter auf der schwarzen Liste der „Eisernen Garde“ stehen, der als Schädling des Vaterlandes beseitigt werden soll, weil er das Land unter Einfluss des Auslands gebracht haben soll.

Barrikadenkämpfe in Calais

Die Arbeitslosen von Calais und Umgebung formierten am Sonnabend einen Hungermarsch vor das Rathaus, wobei sie Transparente trugen, in welchen Unterstützung und Arbeit gefordert wurde. Als die Polizei die Demonstranten auflösen wollte und sie am Weiterzug behinderte, kam es zu schweren Ausschreitungen, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Die Demonstranten errichteten Barrikaden und verletzten einige Polizisten.

Gewerkschaftliche Einheitsfront in Spanien?

Kampf um den Sozialismus

Wie aus Madrid gemeldet wird, sollen die sozialistischen Gewerkschaften in Spanien mit den Gewerkschaften der Syndikalisten und der Anarchisten übereingekommen sein, sich zur revolutionären Arbeiterfront zusammenschliessen. Ihr Ziel sei, die gemeinsame Erkämpfung der Macht im Staate zur Durchführung des Sozialismus.

Exkaiser Wilhelm noch immer der reichste Mann Europas

„New York Herald“ berichtet, dass Exkaiser Wilhelm, der Herr auf Doorn, noch immer der reichste Mensch Europas ist. Sein Vermögen, einschliesslich der Liegenschaften, werden auf etwa 235 Millionen Dollar geschätzt. Diese Meldung soll durch eine kürzlich veröffentlichte Liste zur Einkommensteuer ihre Bestätigung finden, dass Exkaiser Wilhelm noch immer reicher ist, wie mancher Millionär.

Burgfrieden in Bukarest?

Die Regierung Duca hat erst vor einigen Tagen im rumänischen Parlament und Senat eine überwältigende Mehrheit bei den Neuwahlen erhalten. Das durfte nicht überraschen, denn Balkanwahlen haben eben die Eigenschaft, dass sie der jeweiligen Regierung immer die Mehrheit bringen, während die Opposition, entschieden geschlagen, den Platz ihrer früheren Regierungstätigkeit verlässt. Im Hintergrund der rumänischen Wahlen stehen nicht nur Polizei und Militär, und dieses gibt den Ausschlag, sondern weit mehr noch die Finanz- und Industriegruppen. Bisher lösten sich immer Bauern und Liberale ab, die Bauernpartei Manius und Wajda Wojwod haben mit ihren Nationalzaranisten völlig versagt, sie haben sich nicht gegen die Militärs durchgesetzt und obgleich sie den König ins Land zurückbrachten, der wegen seiner vielen Liebschaften auf den Thron verzichtet hat, sich jetzt als der Herr des Landes fühlt und die Vertreibung der Bauern durchsetzte, gerade mit jenen Liberalen, die nichts von seiner Wiederkehr wissen wollten. Die Mohren haben ihre Schuldigkeiten getan, die Finanzleute wollten die Liberalen ans Ruder bringen, und der König musste kuschen. Wie gesagt, Ministerpräsident Duca hat bei den Neuwahlen gesiegt, als ihn plötzlich eine Kugel der Nationalisten in Sinaia zur Strecke brachte.

Ein politischer Mord an einem Staatsmann löste ein Echo in Europa aus, welches nur die Gefahr bestätigt, die der Nationalfaschismus überall auslöste. Duca musste die nationalistische Front, die „Eiserne Garde“, die sich besonders bei den Militärs einer Wertschätzung erfreut, auflösen, wenn er seine Wahlen gewinnen wollte. Und eben drei dieser Anhänger haben das Attentat bewerkstelligt, welches von der Leitung der „Eisernen Garde“ bereits vor Wochen beschlossen wurde. Die Mörder machen aus ihrer Tat keinen Hehl und intressierte Kreise wollen wissen, dass auch Titulescu ein dem Tode Geweihter ist, an dem die „Eiserne Garde“ die Schädlinge treffen will, die Rumänien unter den Einfluss des Auslands bringen, womit die Kleine Entente und insbesondere Frankreich gemeint sind. Nun ist es kein Geheimnis, dass jede rumänische Regierung sich gut Freund mit Frankreich stellen muss, wenn sie „zahlungsfähig“ sein soll. Darum darf es aber auch nicht weiter überraschen, wenn man in Paris bald auch die Schuldigen oder die Urheber der Mordtat an Duca gefunden hat, die Fäden spinnen nach Berlin. Französische Blätter wollen wissen, dass nationalsozialistische Subventionen der „Eisernen Garde“ reichlich zuteil wurden, obgleich diese nationalistische Organisation früher sogar ziemlich deutschfeindlich eingestellt war. Der Zweck des Attentats? Nun, man wollte die Aufmerksamkeit des Landes auf das Verbrechen der Duca und Konsorten lenken und einen Kurs mit Deutschland, Ungarn, Oesterreich und Italien gegen Frankreich und die Kleine Entente steuern. Erst der spätere Prozess wird hier Aufklärung schaffen, aber eines ist gewiss, die Drahtzieher des Mordanschlags sind jenseits der Grenze, sie hatten aber Konferenzen in Berlin und das lenkt den Verdacht auf deutsche Quellen. Nun, man ist ja an jeden Unsinn schon gewohnt, dass, wenn irgendwo etwas passiert, ausgerechnet die Hitlerei dabei im Spiel sein soll. Aber die Franzosen arbeiten mit einem so ausgezeichneten Spitzeldienst, dass sich leider ihre Informationen immer als recht zuverlässig erweisen.

Die Welt ist nun einmal in Aufruhr und man hat auch in Rumänien die Mordtat am Ministerpräsidenten durchaus nicht so tragisch genommen. einer geht, ein anderer kommt, und hier fängt das Intrigenspiel der Diplomatie und der Staatsmänner an. Der neue Premier ist der jüngste Kopf in der Liberalen Partei, die Alten sind übergangen und wenn

es auch heisst, dass ihn die alte Garde unterstützen wird, so weiss man auch nur zu genau, dass ein Bruch in der Liberalen Partei bevorsteht. In Frankreich ist man bei der Beurteilung des „Jungen" Tatarescu nicht gerade vornehm und sagte es gerage heraus, dass er den Aufgaben nicht gewachsen sei, obgleich ihn der König für sehr befähigt hält. Titulescu, der mit allen diplomatischen Wassern gewaschene Intrigant, wird wohl seine Gründe haben, warum er sich nicht mehr dem König als Aussenminister unter Tatarescus Führung opfert. Im Lande scheint man in der „Eisernen Garde" Ordnung geschaffen zu haben, die Opposition wird sogar auf Kosten von Neuwahlen gegen die Liberalen beruhigt, aber ist es genug, um die Finanznot zu beheben? Hier liegt aber des Pudels Kern in Rumäniens Staatsführung, sodass die Regierungserklärung Tatarescus vielleicht auch seine Grabrede sein wird, denn alles hängt nicht vom König, sondern von Paris ab. Ja, wie die Völker regiert werden, das ist ein schwer zu ergründendes Geheimnis und in Rumänien stehen dahinter die Militärs, die, wie gesagt, auch mit der „Eisernen Garde" nicht nur lose Fühlung haben, und man weiss ungefähr die Rolle einzuschätzen, die Schleicher etwa zur SS und SA hatte, bis man schliesslich damit auch Hindenburg imponierte und die Machtauslieferung an Hitler folgte. Burgfrieden mit der Opposition, das bedeutet Schutz vor der „Eisernen Garde„ und den Militärs und hierbei kann es leicht auch um den Kopf des Königs Carol gehen. Jedenfalls ist gerade der Burgfrieden eine sehr gefährliche Sache für Tatarescu.

Rumänien aber befindet sich unter dem Ausnahmezustand, es ist nicht nur eine Finanzkrise, sie ist auch eine Staatskrise und der alte Fuchs Titulescu mischt hierbei die Karten, um sich als Retter zu präsentieren.

Übergang zum Faschismus in Österreich?

Dollfuss vor der Entscheidung

Auslandsblätter wissen von verschiedenen Zwischenfällen in Wien und in den Provinzen zu melden, die sich gegen das Regime Dollfuss richten. Die Arbeiterschaft hat in verschiedenen Betrieben gegen die einseitige Besetzung der Arbeiterkammern protestiert, auch die Nationalsozialisten haben Kundgebungen veranstaltet. Ueber diese Vorgänge darf in Oesterreich nicht berichtet werden. Wie es heisst, beabsichtigt Dollfuss, um seine Position zu sichern, die von Tag zu Tag immer mehr gefährdet erscheint, alle Parteien aufzulösen, dann Wahlen vorzubereiten, wobei nur die Liste der Vaterländischen Front zugelassen wird, auf der auch die Heimwehren eine entsprechende Anzahl von Kandidaten zugeteilt erhalten. Diesem neuen Korporationsparlament soll dann die Verfassung vorgelegt werden und einstimmige Annahme finden. Auf diese Weise will Dollfuss die Faschisierung Oesterreichs durchführen.

In den letzten Tagen fanden wiederholt vertrauliche Konferenzen zwischen Starhemberg und Dollfuss in Gemeinschaft von Major Fey statt, die eben die obenbezeichneten Tendenzen verfolgen. Wie es heisst, soll man auch im sozialdemokratischen Lager von den Vorgängen unterrichtet sein und bereitet entsprechende Massnahmen vor.

Kein Garantiepakt für die baltischen Staaten

Moskau dementiert einen Garantiepakt mit Polen — Kombination um den „Drang nach Osten"

Londoner Blätter brachten die Mitteilung, dass zwischen Sowjetrussland und Polen ein Garantiepakt abgeschlossen wurde, der den Bestand der baltischen Staaten in ihrem bisherigen Umfang sicher stellen soll. In Moskau werden derartige Gerüchte auf das entschiedenste bestritten, aber in nicht misszuverstehender Weise zum Ausdruck gebracht, dass die Sowjetunion den „status quo" im Baltikum unangetastet wissen will. Diese These richtet sich insbesondere gegen Deutschland, dem immer noch unterschoben wird, dass es nach dem Westen eine Politik des „friedlichen Ausgleichs" betreibt, weil es seine ganze Aktionskraft nach dem Osten richten will. Der sozialistische „Daily Herald" will durch seinen Moskauer Korrespondenten in Erfahrung gebracht haben, dass solche Verhandlungen zwischen Moskau und Warschau geschwebt haben und dass andererseits Hitler die Absicht hat, an Polen mit Vorschlägen eines Nichtangriffspaktes zu kommen, in welchem er aber fordert, dass Polen bei der Besiedlung nichtpolnischer Gebiete durch Deutschland keinerlei Anwendungen mache. Der deutsche „Drang nach Osten", sei wiederum in den Vordergrund der Hitlerpolitik getreten, die Pläne Hugenbergs von der Londoner Weltwirtschaftskonferenz gewinnen hier neue Formen, es setzt sich nicht die Politik Neuraths, sondern die Alfreds Rosenberg durch, der in der Zerstörung des Bolschewismus, also im Angriff auf die Sowjetunion, sein Heil sucht. Diese Kombinationen über den deutschen „Drang nach Osten", werden in der Sowjetpresse eifrig diskutiert, sie sind eine Folge der Erklärungen Litwinows über die Aussenpolitik der Sowjetunion.

Sowohl in Finnland, als auch in Estland und Lettland, ist man über die deutschen Kombinationen sehr erregt, es heisst, dass sich gerade diese baltischen Staaten umso fester an Russland binden werden.

—o—

Henderson über die Abrüstung

Unter der Ueberschrift „Zwei wirkliche Verbündete des Friedens" drückt der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, in einem in der „Daily Mail", veröffentlichten Artikel seine Befriedigung über die Reden aus, in denen Präsident Roosevelt und der russische Ministerpräsident Molotow unlängst dem „wohltätigen Einfluss des Völkerbundes" Anerkennung gezollt hätten.

Im Geiste hätten die Vereinigten Staaten und Sowjetrussland mit dem Völkerbund bei dem Versuch zusammengearbeitet, eine internationale Verständigung über die die ganze Welt angehenden Probleme herbeizuführen. Die Zukunft des Bundes hänge vom Erfolg oder Misserfolg der Abrüstungskonferenz ab. Diese Konferenz **könne nicht abgebrochen** werden, solange die an ihr teilnehmenden Regierungen von dem klaren Willen ihrer Völker gezwungen werden, zu weiteren Beratungen zusammen zu bleiben.

Er, Henderson, beabsichtige nicht, von seinem Posten als Präsident der Abrüstungskonferenz zurückzutreten. Er befürchte auch nicht, dass er vom Völkerbund abberufen werden würde, solange nicht endgültig bewiesen sei, dass die Völker ein **Regime des nationalen Egoismus**, der Unsicherheit des Wettrüstens und der ständigen Kriegsdrohung einem kollektiven Friedenssystem der allmählichen Abrüstung und der Souveränität des internationalen Rechtes vorziehen.

Sturm in den Cortes

Manifestation für die Republik — Kampf den Sozialisten

Bei der Manifestation für den verstorbenen Katalonenführer Macia kam es in den Cortes wiederholt zu stürmischen Szenen zwischen der Rechten und Linken. Als dem Antrag zur nationalen Ehrung Macias zugestimmt wurde, erhob sich der Monarchistenführer Dr. Albignana und griff die Sozialisten an, dass sie für die Zustände in Spanien verantwortlich seien, zog hierbei einen Revolver und richtete ihn gegen die Sozialisten. Es entstand eine Panik, in deren Verlauf der Monarchistenführer entwaffnet wurde, wobei der Finanzminister ein Hoch auf die Republik ausbrachte, dem alle Regierungsmitglieder und die Regierungsmehrheit zustimmten. Aber bald darauf kam es wieder zu einem Faustkampf für die Republik zwischen Sozialisten und Klerikalen, wobei sich der Ministerpräsident hinreissen liess und seinem Zorn gegen die Sozialisten Ausdruck gab, indem er erklärte, er stehe der Rechten der Kammer viel näher als den Freidenkern und Sozialisten. Wieder erhob sich ein Sturm gegen die Rechte, die Sozialisten griffen tätlich ein, sodass die Cortessitzung aufgehoben werden musste.

Dr. Goebbels in Ungnaden

Unterrichtete Kreise aus dem Bereich Hitlers wollen wissen, dass der Aussöhnung Görings mit Hitler durch den Austausch der Neujahrswünsche, Goebbels zum Opfer fallen soll. Zwar habe der Propagandachef noch umfassende Pläne begründet und einen weitläufigen Propagandafeldzug auf der Münchener Tagung der NSDAP-Führung aufgestellt, aber man will wissen, dass er sie nicht mehr durchführen wird. Für Dr. Goebbels soll ein besonderes Kulturamt geschaffen werden, während die Propagandaleitung in andere Hände übergehen soll . . .

Wieder zwei Geistliche im Konzentrationslager

Aus Stuttgart wird berichtet, dass die politische Polizei in den letzten Tagen wieder zwei katholische Geistliche in Schutzhaft genommen hat, die jetzt nach dem Konzentrationslager Kuhberg überführt wurden. Es handelt sich um den Stadtpfarrer Dangelmeier aus Metzingen und Pfarrer Sturm aus Waldheim. Den Verhafteten wird nachgesagt, dass sie politische Agitation getrieben haben, indem sie für die sechs, in Köln hingerichteten Kommunisten eine heilige Messe gelesen, ausserdem während des Religionsunterrichts über diese Hinrichtung mit ihren Beichtkindern gesprochen hätten.

Ja, ja, in Hitlerdeutschland ist zwar das Hinrichten an der Tagesordnung, aber wenn jemand darüber spricht, so wandert er ins Konzentrationslager. Wahrscheinlich wird das christliche Gebot, du sollst nicht töten, jetzt abgeändert, du sollst darüber nicht reden!

Proteststreik gegen das Arbeitsgesetz

Wie aus Lodz und Dombrowa berichtet wird, beabsichtigen die Arbeiter hier, am 10. Januar in einen eintätigen Proteststreik gegen das neue Arbeitszeitgesetz einzutreten, welches mit dem 1. Januar in Kraft getreten ist. Das Gesetz beseitigt die englische Arbeitswoche, verlängert also die Arbeitszeit um 2 Stunden wöchentlich, ausserdem kürzt es sehr weitgehend die Urlaubszeiten. Die Arbeiterschaft fordert die Wiedereinführung des Gesetzes in seiner bisherigen Form.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

39

Ach, es war gerade seine Lächerlichkeit, die mein Unglück wurde. Während ich mit ihm spielte und über seine bäurische Ungeschicklichkeit lachte, wurde er so wütend, dass er sein bisschen Fechtkunst ganz vergass. Mit einem gewaltigen Schwung seines Degens — als ob es ein Schlachtschwert gewesen wäre — liess er ihn durch die Luft pfeifen und hieb ihn mir auf den Kopf.

Ich war verblüfft. Ein solcher Wahnsinn war mir noch nie vorgekommen. Er hatte sich vollkommen entblösst, und ich hätte ihm wie gar nichts meinen Degen durch den Leib rennen können. Aber, wie gesagt, ich war verblüfft, und das nächste, was ich fühlte, war ein stechender Schmerz, als dieser bäurische Tölpel mir den Stahl wie ein toller Stier bis ans Heft in die Brust rannte, dass ich rücklings stürzte.

Noch im Fall konnte ich die erstaunten Gesichter Lanfrancs und Bohemonds und die Befriedigung über seine Tat sehen, die Villehardouins Gesicht rötete.

Ich fiel — aber ich erreichte den Rasen nicht. Dann kam ein Regen von Funken und Blitzen, ein Donnern in meinen Ohren, dann eine Dunkelheit und dann das schwache Dämmern eines verschwommenen Lichts, ein plötzlicher zerreissender Schmerz — schlimmer als alles, was man beschreiben kann —, und ich hörte eine Stimme sagen:

„Ich kann nichts fühlen."

Ich kannte die Stimme. Es war Direktor Atherton. Und da wusste ich, dass ich Darrell Standing war, soeben über die Jahrhunderte hinweg zurückgekehrt nach der Zwangsjackenhölle von San Quentin. Und ich wusste, dass die Finger, die jetzt an meinem Halse tasteten, Doktor Jackson gehörten, und dass es seine Stimme war, die sagte:

„Sie wissen nicht, wie man einem Mann den Puls am Halse fühlt. Sehen Sie, hier — hier, wo ich fasse — setzen Sie den Finger dorthin! So. Ja, es ist, wie ich dachte. Herzschlag schwach, aber regelmässig wie ein Chronometer."

„Er hat erst vierundzwanzig Stunden", sagte Inspektor Jamie, „und er ist noch nie so herunter gewesen."

„Ach, er macht uns nur was vor, darauf können Sie sich verlassen", warf Al Hutchins, der Oberobmann, ein.

„Ich weiss nicht", fuhr der Inspektor fort, „wenn der Puls eines Mannes so schwach ist, dass erst ein Sachverständiger kommen muss, um ihn zu fühlen, dann —"

„Nun, ich weiss wohl noch, was es heisst, die Zwangsjacke anzukriegen", antwortete Al Hutchins, „und Sie, Herr Inspektor, haben mich selbst aus der Jacke nehmen lassen, weil Sie glaubten, ich wollte krepieren, und dabei war doch alles Lüge und Unsinn."

„Was meinen Sie, Doktor?" fragte der Direktor.

„Der Herzschlag ist ausgezeichnet", lautete die Antwort. „Selbstverständlich ist er schwach. Das war ja zu erwarten. Hutchins hat recht, der Mann simuliert."

Mit seinem Daumen drehte er mein eines Augenlied um, weshalb ich mein anderes Auge öffnete und die Gruppe um mich her anstarrte.

„Was hab' ich gesagt?" triumphierte der Arzt.

Und da nahm ich, obgleich die Anstrengung mein Gesicht sprengen wollte, meinen ganzen Willen zusammen und lächelte.

Sie hielten mir Wasser an den Mund, und ich trank gierig. Man muss sich erinnern, dass ich die ganze Zeit hilflos auf dem Rücken lag, die Arme fest am Körper, in der Zwangsjacke. Als sie mir zu essen boten — Gefängnisbrot —, schüttelte ich den Kopf. Ich schloss die Augen zum Zeichen, dass ich ihrer Gesellschaft überdrüssig war. Der Schmerz bei meinem teilweisen Erwachen war unerträglich. Ich fühlte meinen ganzen Körper zum Leben zurückzukehren. Ueberall hatte ich stechende Schmerzen. Und in meinem Gehirn brannte die Erinnerung daran, dass Philippa in der grossen Halle auf mich wartete, und ich wünschte nur eines: zurückzukehren zu dem halben Tag und der halben Nacht, die ich soeben in Frankreich erlebt hatte. Ich hatte Eile fortzukommen, aber die Stimme Direktor Athertons hielt mich zurück.

„Hast du etwas zu klagen?" fragte er.

Ich fürchtete nur eines, nämlich, dass ihnen einfallen sollte, mich loszubinden; jeder wird also verstehen, dass meine Antwort keine Prahlerei war, sondern den Zweck hatte, einer etwaigen Befreiung vorzubeugen.

(Fortsetzung folgt).

Polnisch-Schlesien

„In der Rasse liegt die Schweinerei"

So sprach einst ein bekannter deutscher Professor, nebenbei ein glühender Anhänger der antisemitischen These und ahnte nicht, welche Bedeutung einst sein Wort in seinem Vaterlande gewinnen sollte. Heute nun ist es soweit — rasserein, das ist die grosse Losung, und nun beschnuppern sich die „Rassesucher" wie Hunde, um nur unter sich zu bleiben. Auch kann man ruhig schlafen, aber nicht etwa, wenn man den Revolver unter dem Kopfkissen, sondern — im Stammbaum eine arische Grossmuter hat. Und wer sucht, der findet, oft auch allerdings das Gegenteil.

Hoch klang einst das Lied vom Maxe Schmeling. Er kämpfte um Sportruhm und Geld. Und seine Darbietungen erzeugten stets einen wütenden Ansturm der Menge, besonders der kleinen Mädchen, die sich schier die Beine krumm standen, nur, um eine Karte für die Attraktionen von „Maxe" zu ergattern. Es lohnte sich aber auch. Maxe schlug um sich, wie ein Besessener, er verwundete seine Gegner mit „ganzer Kraft" und streckte sie nieder wie schlappe Hunde. Er, der Held des Boxens, der Weltmeister auf diesem Gebiet, mit einem immerhin ganz annehmbaren Einkommen.

Aber aller Ruhm ist vergänglich. Und auch Maxe brachte es langsam bis zum Minusathleten. Just in dem Moment, als das Dritte Reich in seinem Vaterlande zur Blüte gelangte, wo es galt, schon äusserlich die Heldentaten der neuen Erlöser zu dokumentieren, da begann Mäxchens Unglück. Er hatte nämlich gegen den amerikanischen Boxkollegen Baer — schon ein unangenehmer Name — ein Match auszutragen, und schon lange vorher wurden von den Boxfanatikern Wetten abgeschlossen, dass Maxe natürlich den „Bären" umlegen wird. Es hatte auch anfangs so den Anschein. Schmeling spielte den Ueberlegeneren, ging mit seiner Kraft sehr „weise" um, bis ihn das Malheur ereilte. Der Amerikaner geriet nämlich plötzlich in Feuer und zeigte dem erschrockenen Mäxchen, was eine Harke ist. Und sie war nicht von schlechten Eltern, denn der grosse Boxer kriegte ein paar anständige hinter die Löffel und musste daran glauben. Hatte seine Weltmeisterschaft eingebüsst und sein neu aufstrebendes Heimatland schauderhaft blamiert. Die vielen Wetten gingen verloren — und die Schadenfrohen lachten. Lachten am meisten darüber, dass der neu gebackene Naziboxer sich von einem Juden die Niederlage gefallen lassen musste. Das soll eben auch vorkommen.

Seit dieser unglückseligen Stunde hat man wenig von Maxe gehört, und die Welt ist nun einmal so, dass sie auch ihre Lieblinge schnell vergisst und sich mit anderen „Sternen" tröstet. Zwar haben geflissentlich bezahlte Propagandamacher wiederholt „neue Taten" von Maxe angekündigt, aber es blieb nur beim Wort. Nun schien sich der edle Held doch endlich aufzuschwingen, denn für Mitte Februar war tatsächlich ein Match im Chikagoer Stadion zwischen Schmeling und dem amerikanischen Schwergewichtsboxer King Lewinsky angesagt. Es hat aber so den Anschein, als wenn dem grossen Maxe sein Boxerherz in die Hosen gerutscht wäre oder aber scheint er von seiner letzten Niederlage noch unangenehme Erinnerungen zu haben. Kurz, er, der reine Arier, beauftragte seinen Manager, nachzuprüfen, wie es um die Rassereinheit seines künftigen Gegners bestellt wäre. Und siehe da, Maxe hatte Glück, denn im Stammbuch Lewinskys fand sich ein dunkler Punkt, sicher die jüdische „Omama", o Schrecken — und da unser Maxe schon einmal von einem Juden die Jacke voll bekommen hat, so verging ihm also der Appetit, denn wenn schon, dann sollte ihn ein rassereiner Gegner unterkriegen. So stolz ist Schmeling und macht damit seiner Nation alle Ehre. Ergo wird wohl das, besonders von Sportfexen mit Wonne erwartete, Boxduell nicht steigen, obwohl gewisse Blätter schon ankündigten, dass Maxe bereits über den grossen Teich gondelt. Na, mal abwarten!

Daraus lernt man, dass auch im „sympathischen Boxhandwerk" in Hinkunft nicht mehr das Können, sondern die reine Rasse entscheiden wird. Wofür wir allerdings den besagten Gelehrten verantwortlich machen wollen, denn er hat das gefährliche Wort geprägt. Aber heil, Maxe, er hat den jüdischen Dreh gut gelernt. Darin scheint er nicht ganz rasserein zu sein.

Geburtsbeihilfen für Arbeitslose

Das schlesische Wojewodschaftsamt (Abteilung für Arbeit und soziale Fürsorge) übernimmt für die Zukunft die Bezahlung der Geburtshilfeunkosten der Arbeitslosenfamilien bis zur Höhe von 20,— Zl. Den Betrag erhält der Arbeitslose nicht in bar, sondern es erfolgt Postüberweisung unmittelbar an die Hebamme. Jede Hebamme ist dadurch verpflichtet, im Bedarfsfalle unwiderruflich ihrem Beruf nachzukommen, widrigenfalls Meldung beim Kreisarzt erfolgen kann. Ueber die Hinzuziehung eines Arztes bei schweren Fällen entscheidet die Hebamme. Die dadurch entstehenden Unkosten werden gleichfalls von der Wojewodschaft getragen.

Vulkan Oberschlesien?

Sorgen um das nationale Bewusstsein? — Verfall der Industrie — Kommt noch ein Aufstieg?

Es ist nichts sonderliches in unserer Wojewodschaft passiert. Aber die innerpolnische Presse verweist in den letzten Wochen auf bestehende Gefahren, die diesem Lande drohen und zu mVerlust des nationalen Bewusstseins breiter Volksschichten führen müssen. Man ist geneigt, von einer Stimmung zu sprechen, die alle Anzeichen eines Vulkans trägt. Ehemals die „Perle" Polens genannt, will man Gefahren entdecken, als wenn sich so etwas, wie ein böses Gewissen wecken möchte. Wer diese Anzeichen sehen wollte, sieht sie schon sehr lange, und die Kritiker der bestehenden Verhältnisse haben schon recht, wenn sie sagen, dass die Disziplin der Bevölkerung einfach bewundernswert ist. Ruhig, gelassen das Schicksal tragend, obgleich auf Schritt und Tritt nichts anderes, als Verfallserscheinungen zu konstatieren sind. Da steht eine Grube, die nicht wieder in Betrieb kommt, dort liegt eine Fabrik still, die auf Abbruch wartet und in der Presse sind Meldungen von weiteren Arbeiter- oder Angestelltenentlassungen auf der Tagesordnung. Gewiss, hier und da will man einige Kommunisten verhaftet, dort sogar welche zu einigen Monaten oder Jahren abgeurteilt haben. Es geht uns schlecht, kein Geheimnis, denn nirgends hat die Arbeitslosenziffer diesen gewaltigen Umfang angenommen, wie in Oberschlesien, und man wird kaum behaupten wollen, dass die Unterstützung in jeder ihrer Art auf die Dauer ausreichen wird, um den Ruhezustand zu erhalten, der heute noch vorherrschend ist. Bei gelegentlichen Unterredungen mit den Industriellen wird gegenüber den Gewerkschaften kein Geheimnis darüber gemacht, dass wir die Krise noch nicht überschritten haben und dass die in den letzten Wochen beginnenden Anzeichen, an sich noch keine wirkliche Belebung der Industrie darstellen, sondern als Konjunkturerscheinungen zu bewerten sind.

Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen

Parteigenossen und Genossinnen!

Die Parteileitung beruft für **Sonntag, den 21. Januar d. Js.** vormittags 9 Uhr, nach dem Central-Hotel in Katowice die diesjährige

BEZIRKSKONFERENZ

mit nachstehender Tagesordnung ein:

1. Eröffnung und Konstituierung der Konferenz,
2. Geschäfts- und Kassenbericht,
3. Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse, Referent Genosse Kowoll,
4. Diskussion zu den vorgenannten Punkten,
5. Wahl der Parteileitung,
6. Verschiedenes und Anträge

Die Beschickung der Konferenz durch die Ortsvereine wird durch Rundschreiben besonders angegeben.

Mit Parteigruss
Der Bezirksvorstand J. A. J. Kowoll.

Wir stehen also noch immer im Zeichen einer Abwärtsentwicklung in unserer Wirtschaft, und es soll nicht geleugnet werden, dass es gerade bei uns sehr rasch zu Explosionen kommen kann, wenn dieser Zustand noch lange, wenn nicht Jahre andauern sollte. Die Versuche, die bisher mit der Arbeitsbeschaffung oder mit dem Arbeitsdienst gemacht wurden, reichen bei weitem nicht aus, um auch nur einen bescheidenen Teil Arbeitsmöglichkeit zu gewähren, abgesehen davon, dass die Klagen auch hier immer lauter werden, wie einseitig einige Gemeinden bei der Auswahl der Arbeitskräfte vorgehen. Schon diese Tatsache kann eines schönen Tages Folgen nach sich ziehen, die wir aus bestimmten Gründen nicht weiter erörtern wollen. Gewiss sind einige 20 bis 25 000 beschäftigte Arbeiter aus dem Arbeitsfonds viel, aber was sind sie gegenüber der Arbeitslosenziffer, die inzwischen auf etwa 155 000 bewertet wird, gewiss, die registrierten Zahlen werden knapp auf die Hälfte angegeben, was indessen der Sache eher schädlich, als nützlich ist. Man kann sich denken, wie es bei uns erst aussehen würde, wenn nicht die Biedaschächte, der Schmuggel und handwerksmässige Beschäftigungen da wären, die gewiss einem Teil der Arbeitslosenarmee wenigstens eine geringe Einnahmequelle bieten, da eben die Versorgung der Opfer des Kapitalismus durch die massgebenden Instanzen aussergewöhnlich gering ist.

Interessant ist die Betrachtung der Blätter, die nun als Schlussfolgerung aus der immerhin peinlichen Lage gezogen wird. Wenn jemand meint, dass man auf Arbeitsbeschaffung über den bisherigen Rahmen hinaus Vorschläge unterbreitet, der hat sich geirrt. Das einzige Mittel, das man empfiehlt, ist die nationale Erziehung, die wir gewiss nicht unterschätzen wollen, aber sie wird ein Phantom, wenn der Magen leer bleibt. Denn neben den pessimistischen Betrachtungen zur Lage in Oberschlesien wendet man das grösste Augenmerk auf die sogenannte Hitlerei, die angeblich ein erschreckliches Ausmass angenommen hat und zu einer Gefahr wird. Wie man sie vernichtet, diese Hitlerei, das soll nicht unsere Sorge sein. Gewiss aber nicht mit den bisher angewendeten Methoden, die deutlich alle Anzeichen einer Unterdrückung tragen und unserer Meinung nach viel mehr geneigt sind, der Hitlerei neue Anhänger zuzuführen, denn sie als eine gefahrdrohende Erscheinung auszurotten. Mit der nationalen Erziehung hat es eine besondere Bewandtnis, sie ist nur dann wertvoll, wenn Hand in Hand mit ihr auch das tägliche Brot gesichert ist, und hier steckt des Pudels Kern. Denn darüber wird man sich wohl in allen Kreisen einig sein, dass es auf Jahre hinaus, wenn nicht Jahrzehnte, sowohl für den Nachwuchs, als auch für die bereits arbeitslosen Menschen, im vollen Umfange auf diesem Gebiet allein keine ausreichende Beschäftigung geben wird. Und je grösser die Not wird, um so mehr wird das nationale Bewusstsein schwinden und muss dem Radikalismus, gleich, welcher Form, Platz machen. Hierin sehen wir die allergrösste Gefahr, die es zu bannen gilt.

Will man hier eingreifen, so muss eben mit den bisherigen Methoden einseitiger Bevorzugung Schluss gemacht werden, Schaffung von Arbeit und Brot ist die Hauptaufgabe, und wir zweifeln daran, ob diese Pläne gelingen werden, wenn man von den bisherigen kapitalistischen Methoden nicht abgeht und vor allem auch die Industrie nicht einer Kontrolle unterzieht, verbunden mit weitgehender Arbeitszeitkürzung, bei Beibehaltung normaler Löhne. Dann kann es einen Wirtschaftsaufschwung und eine Normalisierung der Verhältnisse geben. Aber bis dahin, sind wir noch weit davon entfernt, den Vulkan zu überwinden.

Geheime Hitlerorganisation entdeckt?

Wie die polnische Presse zu berichten weiss, will die Polizei in Neudorf einer geheimen Hitlerorganisation auf die Spur gekommen sein. Der Leiter soll ein gewisser Rudolf Kubon sein, von Beruf Beamter und Sohn vermögenden Eltern, ausserdem ein gewisser Parcol, der mit Kubon zusammen konspirativ die Organisation geleitet haben soll. Umfangreiche Haussuchungen sind durchgeführt, die Polizei hält im Interesse weiterer Nachforschungen die bisherigen Untersuchungen geheim.

Vor einigen Tagen war aus Neudorf eine andere Notiz, die besagte, dass die Polizei einer Jungsturm-Pfadfindergruppe auf die Spur gekommen sei, wobei verschiedene Materialien beschlagnahmt und einige Personen verhaftet worden sind. Ob die beiden Fälle identisch sind oder ob es sich um getrennte Unternehmungen handelt, haben wir nicht ermitteln können, doch wird hoffentlich hierin recht bald der Polizeibericht Klarheit schaffen.

—o—

Sonderabzüge für Heilkosten

Am 1. Januar trat die Verordnung des Arbeitsministers über die Erhebung von Heilgebühren durch die Krankenkassen in Kraft. Danach werden von den Versicherten für eine ärztliche Konsultation jetzt 20 Groschen, für Arzneien, Heilmittel oder ärztliche Eingriffe je 10 Groschen, für besondere Arzneimittel je 30 Groschen erhoben. Nur wer länger als fünf Wochen krank bleibt, ist von jeder Gebühr befreit. Unentgeltlich bleibt die Heilung von sogenannten Volkskrankheiten, wie Schwindsucht usw. Auch für die Behandlung von Kindern bis zum dritten Lebensjahr werden keine Gebühren erhoben.

Um die Altersgrenze der Angestellten

Der Ministerrat genehmigte in seiner letzten Sitzung die Novelle zum Regierungsdekret vom Jahre 1927 über die Altersrente geistiger Arbeiter. Nach den bisherigen Vorschriften erhielt jeder Versicherte der mindestens die Beiträge für 60 Monate geleistet und das 65. Lebensjahr erreicht hatte, die Altersrente, auch wenn er weiter im Dienst verblieb. Diese Altersrente betrug nach 5 Jahren der Versicherung 40 Prozent des Grundgehaltes. Durch die Novelle wird bestimmt, dass die Auszahlung der vollen Altersrente ohne Rücksicht darauf, ob der Versicherte noch weiter arbeitet, erst dann erfolgt, wenn er mindestens 30 Jahre versichert war und seine Beiträge pünklich bezahlt hat. Die Altersrente erfährt eine Kürzung, wenn der Versicherte weiter beschäftigt ist. Durch diese Bestimmung wird eine gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt eintreten, da Personen, die den vollen Anspruch auf die Altersrente erlangt haben, auf ihren Arbeitsplatz verzichten werden, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Obige Vorschriften über die Altersrente treten für diejenigen Personen, die bereits im Genuss der Altersrente stehen, am 1. Juli l. J. in Kraft. Durch die Novelle wird die Begünstigung für Geschäftsexpedienten, die gleichfalls zu den geistigen Arbeitern gerechnet werden, um weitere fünf Jahre verlängert. Es treten weiters Aenderungen über die Entscheidung von Streitigkeiten über die Versicherung geistiger Arbeiter ein.

Nachklänge zu den Vorfällen in Dzietzkowitz

Sie taten es nur um ihr tägliches Brot

Vor dem Einzelrichter des Kattowitzer Landgerichts hatten sich 19 Ortseinwohner aus der Ortschaft Dzietzkowitz zu verantworten. Aus der gerichtlichen Beweisaufnahme war nachstehendes zu entnehmen: Dzietzkowitzer Arbeiter wurden in einem dort verpachteten Gemeindesteinbruch beschäftigt, als ihnen zur Kenntnis gegeben worden ist, dass ortsfremde Personen zur Arbeit herangezogen werden. Der Ortsansässigen bemächtigte sich eine grosse Erregung und sie beschlossen, bei dem Gemeindevorsteher gegen dieses Vorgehen zu protestieren. Es formierte sich ein Zug von annähernd 250 Mann, darunter Frauen, und drückten vor dem Gemeindeamt ihren Unwillen aus. Der Polizei war es vorher bekannt, dass mit Auftritten zu rechnen sei, sobald die Einstellung der Ortsfremden erfolgen werde. Allerdings ging es darum, auch anderen Leuten für eine gewisse Zeit eine Arbeitsmöglichkeit zu geben, da diese schon lange ohne Beschäftigung waren. Vor dem Gemeindeamt und später auch in der Steinbruchanlage kam es zu Auftritten mit der Polizei. Die Beamten wurden nach Aussagen des Polizei-Ortskommandanten bedroht und von Frauen beschimpft. Auch den wiederholten Aufforderungen, auseinanderzugehen, kamen die Arbeiter nicht nach.

Der Verteidiger der Angeklagten wies darauf hin, dass es sich bei den Zwischenfällen doch eigentlich nur um Auswirkungen und **Folgen des Kampfes um das tägliche Brot** handele und man der begreiflichen Erregung der Ortsansässigen, darunter seien Ernährer kinderreicher Familien, viel zu Gute halten solle. Alle Angeklagten wurden für schuldig befunden und zu Arreststrafen von je 3 Wochen verurteilt. Einzelne der Beklagten erhielten ferner wegen Widerstand, Beleidigung und Bedrohung, weitere 1 bis 2 Wochen Arrest. Allen Personen wurde eine Bewährungsfrist für die Zeitdauer von 3 Jahren zugebilligt.

Löhne und Industriegewinne

Einen interessanten Einblick in das Verhältnis von Lohn und Gewinn im Eisenhüttenwesen gewährt eine Statistik, bezw. der Bericht des Verbandes der Eisenhütten Polens. So sind die Belegschaftsziffern um durchschnittlich 40 Prozent im Verhältnis von 1929 zurückgegangen, die Löhne im gleichen Zeitraum auf 36 Prozent, aber die Produktion erreichte trotzdem den Stand von 40 Prozent des Jahres 1929. Es ist ja kein Geheimnis, dass sich in der Krisenzeit die Industrie auf Kosten der Arbeiterschaft saniert, denn die Gewinne aller Gesellschaften zeigen immer noch erhebliche Ueberschüsse, abgesehen von den Schiebungen mit An- und Verkäufen, Neugründungen, Rationalisierungen, wobei nicht nur die Arbeiterschaft, aber der Staat betrogen wird, wo dies ja letzhin aus verschiedenen Vorgängen in der oberschlesischen Industrie hervorgeht. Es ist Zeit, dass die Frage der Sozialisierung der Schlüsselindustrie vorgenommen wird. Es zeigt sich auch, dass dort, wo die Industrie aufhört, Privateigentum zu sein, nicht nur die Krise behoben wird, sondern auch die Arbeitslosigkeit verschwindet, wofür Russland in den letzten Jahren das beste Beispiel bietet.

Die Magistrale Oberschlesien-Gdingen

In der zweiten Hälfte des Januars wird eine Sitzung des Aufsichtsrates und Direktionskomitees der Polnisch-Französischen Eisenbahngesellschaft in Warschau stattfinden. Auf dieser Sitzung wird die Angelegenheit der Beibehaltung des Exploitierungsrechtes der neu ausgebauten Kohlenmagistrale Oberschlesien-Gdingen f. d. J. 1934 zu denselben Bedingungen, wie im Vorjahre, besprochen werden. Die weitere Exploitierung dieser Linie durch die momentane Unmöglichkeit, auf dem französischen Markt die notwendigen Kapitalien zur Versorgung der Kohlenmagistrale mit Eisenbahnmaterial zu erlangen, begründet. An dieser Sitzung nehmen u. a. teil: Finanz-Viceminister Adam Koc, Vizeminister Ing. Czapski, sowie die Departements-Direktoren des Finanzministeriums und des Verkehrsministeriums, Baczyński und Ing. Boblowski, Dr. Nowak u. a. Von französischer Seite werden die Vertreter de Banque de Pays du Nord und Schneider Creuzot, an der Sitzung teilnehmen.

Aus Gross-Kattowitz

Die Kommunalzuschläge für Kattowitz — 13 894 registrierte Arbeitslose

Der Magistrat Kattowitz gibt bekannt, dass der schlesische Wojewodschaftsrat die Beschlüsse der städtischen Körperschaften bestätigt hat. Demnach betragen die kommunalen Zuschläge zu den staatlichen Gebühren von den Patenten zur Herstellung von geistigen Getränken und Mineralwassern 10% und von den Patenten vom Verkauf dieser Getränke 100%.

Beim städtischen Arbeitsvermittlungsamt wurden am 1. Januar zusammen 13 894 Arbeitslose registriert. Im verflossenen Berichtsmonat sind beim Amt 556 freie Arbeitsstellen gemeldet worden, wohin jedoch 606 Arbeitslose verschickt wurden und auch Arbeit erhielten. Bei den registrierten Arbeitslosen handelt es sich um 1 012 Gruben-, 118 Hütten-, 1 909 Metall- und 8857 Bauarbeiter, ferner 184 Arbeiter aus der Holz-, 41 aus der Leder-, 55 aus der Papier-, 71 aus der Konfektions- und 3 Arbeiter aus der chemischen Branche. Die Zahl der nicht qualifizierten Arbeiter betrug 2 240. Der Rest der Erwerbslosen entfällt auf Büropersonal, Händler, Lehrer usw.

Zwei Opfer der Arbeitslosigkeit

Auf dem Eisenbahngleis in Kattowitz wurden am 6. Januar zwei Leichen männlicher Personen aufgefunden, die wahrscheinlich infolge der langen Arbeitslosigkeit, den Tod auf den Schienen gesucht haben. Es handelt sich um den Arbeitslosen K. Gieralczyk aus Kattowitz, Juliusza Ligonia 36 und Franz Aniol-Kattowitz, Kochanowskiego. Die Leiche des Letzten ist bis zur Unkenntlichkeit zermalmt worden. Die Ueberreste sind in das Städtische Krankenhaus überführt worden.

Königshütte und Umgebung

Wegen falscher Anschuldigung bestraft

Vor der Königshütter Strafkammer hatte sich am Freitag der Händler Emil Szlosarczyk aus Schlesiengrube wegen falscher Anschuldigung des Eisenbahners Josef Klabisch aus der gleichen Ortschaft zu verantworten. In einem Schreiben beschuldigte Sz. an die Eisenbahndirektion den K., dass er während der Dienstzeit seiner Frau, die einen Handel auf den Wochenmärkten betreibt, behilflich ist und sich gegen Entschädigung von seinen Berufskollegen vertreten lässt. Ferner teilte er in einem weiteren Schreiben mit, dass er seine Eisenbahnvergünstigungen zu geschäftlichen Reisen benutze. Im Laufe der Verhandlung stellte es sich heraus, dass Sz. der Schwiegersohn des K. ist und mit diesem seit einiger Zeit nicht auf friedlichem Fuss lebt. Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, dass die Anschuldigungen nicht der Wahrheit entsprechen und die Anzeigen aus Rache erstattet wurden. Der Angeklagte wurde zu 6 Monaten Gefängnis ohne Gewährungsfrist verurteilt. Sz. ist Teilhaber an den schlesischen Aufständen.

Ermittelte Ladendiebin. Vor einigen Tagen wurde dem Kaufmann Franz Tyrakowski von der ulica Wolności 38, während der Verkaufszeit aus dem Laden ein Stoffballen im Werte von 250 Zł. gestohlen. Wie die Untersuchung ergeben hat, wurde der Diebstahl von einer gewissen Johanna Zajons aus Bendzin ausgeführt. Die Diebin wurde dem Gericht übergeben.

Den Vater bestohlen. Die Polizei stellte den 21 jährigen Josef Szeja, von der ulica Chorzowska Nr. 7, der einen Sack voll Wurst bei sich hatte. Da er über die Ware keine Auskunft geben konnte, wurde sie beschlagnahmt. Im Laufe der Untersuchung wurde festgestellt, dass Sz. die Wurst seinem Vater gestohlen hat.

Elektrische Lichtpreise. Bei 62 Groschen für jede verbrauchte Kilowattstunde elektrischer Energie und bei 240 Brennstunden werden für den Monat Januar berechnet: Für 20 Watt 3,00 Złoty, 30 Watt 4,50 Zł., 40 Watt 6,00 Zł., 60 Watt 9,00 Zł., 75 Watt 11,20 Zł., 100 Watt 14,90 Zł. In diesen Preisen sind die Gebühren für Amortisation und Verzinsung nicht mit einbegriffen.

Wenn man schläft. Die Händlerin Karoline Pierocki aus Krakau schlief in der Wartehalle des Königshütter Bahnhofs ein. Diese Gelegenheit benutzte ein Unbekannter zum Diebstahl einer Kiste Eier von 1000 Stück. Wie der Täter mit der grossen Last entkommen ist, bleibt ein Rätsel.

Siemianowitz und Umgebung

Kohle für die Arbeitslosen

In diesen Tagen werden vom Arbeitslosenamt an die verheirateten Arbeitslosen Anweisungen auf Freikohle zur Verteilung gebracht. Jede Familie erhält ein Quantum von 4 bis 5 Zentner Kohle. Die Verteilung der Bons erfolgt nach alphabetischer Reihenfolge jeden Donnerstag.

Zwei Unfälle in den Notschächten

Am Donnerstag ereigneten sich auf den Biedaschächten bei Ficinusschacht zwei schwere Unfälle durch Einsturz eines Schachtes. Zwei Arbeiter wurden dabei verschüttet, von denen nur der verheiratete Georg Schwitalla mit schweren Verletzungen lebend geborgen werden konnte. Sein Kollege fand den Tod unter den Kohlenmassen. Die Polizei geht wiederum im Notschachtgelände sehr scharf vor. Es werden ununterbrochen die Schächte gesprengt. Desgleichen wurden am Freitag 9 Fuhren Kohle beschlagnahmt.

Herausgeber Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien, Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll: für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa beide in Katowice, Dworcowa 11

Druck: „Drukarnia Ludowa", Spółdz. z odp udz., Katowice

Spitzelei. In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, dass unbekannte Personen sich bei Turnusurlaubern und deren Nachbarn über die politische Einstellung der Beurlaubten erkundigt haben. Woher diese Leute den Auftrag hierzu haben, ist natürlich nicht festzustellen. Tatsache ist aber, dass dies mit den Nichtwiedereinstellungen irgendwie zusammenhängen muss. Die derart belästigten Arbeiter würden gut tun, solche Art von Spitzeln durch die Polizei feststellen zu lassen.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

Gross-Kattowitz. (Arbeiterwohlfahrt.) Die Nähstube arbeitet wieder am Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags um 4 Uhr.

Lipine. (Bund für Arbeiterbildung). Am Montag, den 8. Januar, abends 6 Uhr bei Machon findet der fällige Vortrag statt. Referent Gen. Siegert.

Nikolai. (Rechtsschutz). Am Mittwoch, den 17. Januar, wird zur üblichen Zeit die Rechtsberatungsstunde im bisherigen Lokal durch Kollegen K n a p p i k persönlich abgehalten.

Bielitz, Biala und Umgebung

Die Holzarbeiter von Bielitz-Biala im Kampf um einen menschenwürdigen Lohn

Im Jahre 1929 schloss die Holzarbeitergewerkschaft mit den Unternehmern der holzverarbeitenden Gewerbe einen Lohntarif ab, laut welchem ein Tischlergehilfe gleich nach der Auslehre einen Stundenlohn von 74 Groschen und ein qualifizierter Gehilfe Zł. 1,63 per Stunde garantiert hatte. Ebenso waren auch die Löhne der Maschinenarbeiter, Sägearbeiter in den Vertrag vorgesehen, ja sogar die Lehrburschen hatten ihren Lohn garantiert, sodass ein Lehrbursch im sechsten Halbjahr 58 Groschen per Stunde erhielt.

Der Vertrag wurde im März 1932 durch die Firmen Korn, Jüttner und Bollek und Rost gekündigt. Durch die Genossenschaften der Holzgewerbe von Bielitz und Biala wurde zwar der Vertrag nicht gekündigt, jedoch seit zirka 2 Jahren auch nicht eingehalten. In den Jahren 1932/33 war es infolge der Krise nicht möglich, den Vertrag zu erneuern.

Nun haben sich die Holzarbeiter doch zusammen gerafft und überreichten an ihre Arbeitgeber eine Forderung, wonach sie die im obenerwähnten Vertrag vorgesehenen Gruppen um 25 Prozent reduzierten, also um soviel als ungefähr die Lebensmittelpreise seit den letzten 3 Jahren gesunken sind.

Ein jeder objektiv denkende Mensch müsste sagen, dass die Forderung der Holzarbeiter eine berechtigte ist, nur die Herren Abeitgeber waren anderer Meinung.

Obwohl sie im Monat September im Arbeitsinspektorate in Bielitz ein Protokoll unterschrieben haben, laut welchem sie sich verpflichteten im Monat Dezember vorigen Jahres mit der Arbeitgebergewerkschaft zu verhandeln, da sie in dieser Zeit die neuen Offerten vereinbaren und die Möglichkeit haben werden, eine eventuelle Lohnaufbesserung miteinzukalkulieren. Sie wollen statt einer Lohnregulierung, die im früheren Vertrag vorgesehenen Gruppen um 40 bis 50 Prozent reduzieren.

Begründen können die Tischlermeister ihren Standpunkt nicht. Die einzige Ausrede, weshalb sie einen derart niedrigen Lohntarif einführen möchten, ist die angebliche Konkurenz seitens der kleinen Meister. Natürlich, solange die Tischlermeister unter sich nicht einig werden, wird es in der Holzbranche nicht besser werden, denn wenn ein Unternehmer die Preise eines Anderen bis zu 40 Prozent unterbietet, dann ist es kein Wunder, wenn alles zugrunde geht. Aber wie kommen die Holzarbeiter dazu, deshalb leiden zu müssen? Wenn die Löhne in allen Betrieben halbwegs gleich wären, so wäre eine derartige Schmutzkonkurenz nicht möglich. Eine solche Konkurenz ist der Ruin nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für das ganze Gewerbe.

Wir wollen hoffen, dass die Unternehmer ihren Standpunkt revidieren und mit einem annehmbaren Vorschlag kommen werden.

Es hängt aber auch von den Holzarbeitern ab, wie der Lohntarif ausschauen wird. Darum müssen sie sich mehr denn je um ihre Organisation kümmern, dann wird es nicht vorkommen, dass man ihnen derartige Schundlöhne bietet.

Darum alle in die Holzarbeitergewerkschaft.

Der letzte Dekadenausweis der Bank Polski

In der letzten Dezemberdekade 1933 stieg der Goldvorrat der Bank Polski um weitere 700.000 Zł. auf die Gesamtsumme von 475.6 Mill Zł., gleichzeitig stieg auch der Vorat an ausländischen Zahlungsmittel um 2 Mill. Zł. auf die Gesamtsumme von 88,3 Mill. Zł. Die Summe der ausgenützten Kredite bei der Bank Polski stieg um 36,7 Millionen Zl auf den Gesamtbetrag von 816,7 Mill. Zł. Das Wechselportefeuille erfuhr eine Steigerung um 25,1 Millionen Zł. Der Vorrat an Silbermünzen und Kleingeld stieg um 1 Million Zł. und betrug insgesamt 49,2 Mill. Zł. Andere Aktiven stiegen um 19,9 Mill. Zł., andere Passiven erfuhren eine Steigerung um 5,9 Mill. Zł. auf 282,6 Mill. Zł. Die sofort fälligen Verbindlichkeiten stiegen um 15,8 Millionen Zł. auf den Gesamtstand von 1,004 Mill. Zł. Die Golddeckung der Banknoten verminderte sich von 42,72 Prozent auf 40,79 Prozent.